

Frage: Wie lautet Ihr Fazit für den heutigen Tag?

Jasmin Best: Es gibt echten, landkreisübergreifenden Austausch. Für mich war das ein voller Erfolg. Auch die Podiumsdiskussion war diesmal sehr ergiebig und richtig intensiv.

Frage: Das Ziel erreicht: ein gelungener Austausch?

Jasmin Best: Das Ziel war, die Ergebnisse nach der Zwischenkonferenz und dem weiteren Verlauf, an dem wir arbeiten, bildhaft darzustellen und den Teilnehmenden nahezubringen. Das Interesse geht weit über die Landkreisgrenzen hinaus, das ist erfolgreich.

Elena Preußler: Viele Kooperationen sind inzwischen so gefestigt, dass daraus ganz neue Ideen entstehen können. Gerade im heutigen Austausch sind mir so viele Ideen begegnet, die genau aus dieser Abschlusskonferenz erwachsen.

Frage: Und darf oder kann sich das verselbständigen?

Elena Preußler: Ich hoffe natürlich, dass sich das verselbständigt. Wir werden bis Ende Oktober hauptsächlich daran arbeiten, dass Formen von Verstetigung entstehen.

Frage: Frau Weinreich, welches Fazit ziehen Sie?

Cornelia Weinreich: Ich habe den Austausch heute sehr geschätzt. Vor allem die expliziten Nachfragen, zu Details von Maßnahmen, die wir durchführten. Andere Kommunen können sich vorstellen, etwas Ähnliches zu installieren, aber müssen verifizieren, ob das bei ihnen auch passt.

Frage: Was waren die Highlights Ihrer Arbeit mit dem Projekt?

Cornelia Weinreich: Mit GENIUS haben wir ein regelmäßiges Treffen der drei Fachdienstleitungen etabliert – und bis heute beibehalten. Das war enorm hilfreich, um Ideen direkt zu besprechen, etwa ein Austauschtreffen zu organisieren und zu klären, wo Zusammenarbeit wirklich gebraucht wird. Diese Zusammenarbeit mit den anderen Fachdiensten war sehr ergiebig und hat großen Spaß gemacht. Ich habe unheimlich viel gelernt über deren Arbeit und Abläufe. Die Stimmung war geprägt von „Wir (die Verwaltung, Anm. d. Red.) probieren’s einfach“ – die befürchtete Zurückhaltung blieb aus.

Jasmin Best: Am meisten Freude bereitete mir, dass wir mit dem Einsatz von GENIUS tatsächlich etwas veränderten. Obwohl die Ausgangssituation nicht ganz den Prozesslogiken gefolgt ist, haben wir Ergebnisse in der Verbesserung der Abläufe beim Rechtskreiswechsel kontinuierlich eingearbeitet. Auch die Fachtage beispielsweise sind aus dem Projekt GENIUS entstanden und ein Novum im Schwalm-Eder-Kreis. Ein Format, um Behördenkommunikation, Transparenz und Verständnis zu stärken – ursprünglich als Integrationskonferenzen geplant, dann umbenannt und weiterentwickelt. Drei Fachtage haben bereits stattgefunden, der vierte folgt in Kürze.

Elena Preußler: Ich kann mich da anschließen. Durch den wissenschaftlichen Input hatten wir die Möglichkeit, in der Verwaltung neue Herangehensweisen anzuregen

und auszuprobieren, wie den Gießen-Guide. Diese App wurde gemeinsam mit der Zielgruppe der Zugewanderten, mit Zivilgesellschaft, Verwaltung und Ehrenamt entwickelt, woraus dann noch ein Netzwerk entstand, das den Guide weiterentwickelt und seine Pflege unterstützt.

Frage: Welche Projekte wurden im Schwalm-Eder-Kreis angestoßen?

Jasmin Best: Was immer wieder als problematisch genannt wurde, egal mit wem wir gesprochen haben – Ehrenamt, Beratungsstellen, Sozialverwaltung, Jobcenter und darüber hinaus – war der Rechtskreiswechsel von Asylbewerberleistung ins SGB II. Mein Auftrag bestand darin, sich diese Prozesse anzugucken, was erst einmal ziemlich lange gedauert hat.

Frage: Was waren die Gründe dafür, dass es so lange dauerte?

Jasmin Best: Was so lange gedauert hat, war die Recherche darüber, was überhaupt den Rechtskreiswechsel steuert. Dadurch konnte aufgedeckt werden, dass der Ablauf bei den Schutzstatus – Asylberechtigung, Flüchtlingsschutz und subsidiärer Schutz – nicht so regelkonform ablief, wie er sollte. Das lag aber daran, dass die entscheidenden Informationen nicht an die Asylbewerberleistungsstelle herangetragen wurden. Zudem wurde immer die Ausländerbehörde als Ursprung der Problematik identifiziert. Im Ergebnis stellte sich heraus, dass die Ausländerbehörde in ihren Prozessen unabhängig davon agierte. Damit war die Ausländerbehörde im Grunde fein raus und gar nicht das Problem. Wir haben den Prozess dann so optimiert, dass diese Verzögerung bereits unmittelbar nach der BAMF-Entscheidung aufgelöst wurde. Dies hat erhebliche finanzielle Auswirkungen: Durch die frühere Antragstellung im Jobcenter reduziert die Landkreisverwaltung somit die Kosten für Asylbewerberleistungen deutlich, die zuvor gezahlt wurden und teilweise nicht erstattungsfähig waren. Gleichzeitig wird die Leistung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nun regelkonform und zeitnah eingestellt, während der Wechsel in die Zielgruppe des SGB II beschleunigt wird.

Frage: Was war der Knackpunkt, welcher Kosten verursachte?

Jasmin Best: Die Information über abgeschlossene Asylverfahren hat die Asylbewerberleistungsstelle regelmäßig erst mit der Ausstellung der vorläufigen Bescheinigung erreicht. Und diese Information trifft dann im Schnitt 90 Tage zu spät ein. Bis zur Aushändigung des elektronischen Aufenthaltstitels vergehen sogar bis zu 50 weitere Tage. Die Antragstellung im Jobcenter wirkt immer nur auf den Ersten des Monats zurück, sodass Asylbewerberleistungen, die in der Zwischenzeit gezahlt wurden, gar nicht zur Erstattung kamen.



©HMSI

Planspiel Rechtskreiswechsel auf der
Abschlusskonferenz

Frage: Angenommen, an anderen Verwaltungsstellen gibt es gleiche oder ähnliche Probleme, wäre dieses nun im Landkreis Schwalm-Eder optimierte Verfahren, adaptierbar?

Jasmin Best: Die gesetzlichen Grundlagen sind die gleichen. Aber meine Recherche ergab: Es wird überall anders gemacht. Ich konnte kein richtiges Schema finden, welches Orientierung geliefert hätte, wie andere Landkreise das handhaben. Weil auch immer wieder auf die Ausländerbehörde verwiesen wird. Aber dort liegt eben nicht das Problem! Ich würde sagen, es ist ein Missverständnis, mehr von der Ausländerbehörde abhängig zu machen, als nötig. Darüber hinaus wird der Zeitpunkt der Bekanntgabe des Aufenthaltstitels bei festgestelltem Abschiebungsverbot (in verschiedenen Bundesländern) – also wann die Bekanntgabe erfolgt - auch unterschiedlich ausgelegt. Wir haben behördlich abgestimmte Ablaufschemata erstellt und eine ausführliche Arbeitshilfe, die das darlegt.

vorher	nachher
Die Aufenthaltsgestattung ist ein Dokument, das Ihnen erlaubt, in Deutschland zu bleiben, während über Ihren Asylantrag entschieden wird. Sie erhalten diese zunächst vom BAMF, nachdem Sie förmlich einen Asylantrag gestellt haben.	Eine Aufenthaltsgestattung ist ein Dokument. Es erlaubt Ihnen, in Deutschland zu bleiben. Das gilt, solange Ihr Asyl-Antrag geprüft wird. Einen Asyl-Antrag stellen Sie, wenn Sie in Deutschland Schutz suchen. Sie bekommen die Aufenthaltsgestattung vom BAMF. BAMF ist die Abkürzung für Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Sie erhalten das Dokument, nachdem Sie Ihren Asyl-Antrag offiziell gestellt haben.
Die Aufenthaltsgestattung wird von der Ausländerbehörde verlängert und ermöglicht Ihnen, rechtmäßig in Deutschland zu bleiben und Zugang zu wichtigen Leistungen wie Unterkunft und Gesundheitsversorgung zu erhalten.	Die Ausländerbehörde verlängert die Aufenthaltsgestattung. Mit diesem Dokument dürfen Sie rechtmäßig in Deutschland bleiben. Sie bekommen auch wichtige Leistungen. Dazu gehören zum Beispiel eine Unterkunft und medizinische Versorgung. Medizinische Versorgung bedeutet: Sie können zum Arzt gehen, wenn Sie krank sind.
Sobald über Ihren Asylantrag entschieden wurde, erhalten Sie einen Bescheid darüber. Entweder wurde Ihnen ein Schutzstatus zuerkannt oder Ihr Asylantrag wurde abgelehnt.	Wenn über Ihren Asyl-Antrag entschieden wurde, bekommen Sie einen schriftlichen Bescheid. In dem Bescheid steht die Entscheidung. Entweder bekommen Sie einen Schutz-Status. Das bedeutet: Sie dürfen bleiben. Oder Ihr Asyl-Antrag wird abgelehnt.
Während des festgesetzten Aufenthaltszeitraums oder Duldung gibt es verschiedene Arten von Auflagen, die Sie beschränken. Zum einen können Sie beschränkt werden, wo Sie innerhalb von Deutschland wohnen dürfen und wohnen Sie umziehen dürfen.	Wenn Sie eine Aufenthaltsgestattung oder eine Duldung haben, gibt es oft Auflagen. Auflagen sind Regeln, die Sie beachten müssen. Diese Regeln können bestimmen, wo Sie wohnen dürfen und wohnen Sie umziehen dürfen.
Die Beschränkungen über die Wohnsitznahme und den Umzug sind die folgenden Auflagen: Wohnsitznahme nur zulässig im Landkreis Marburg-Biedenkopf - ohne Stadtgebiet Marburg. Wenn Sie diese Auflage besitzen, dürfen Sie nur im Landkreis Marburg-Biedenkopf, mit Ausnahme des Stadtgebiets der Stadt Marburg, wohnen. Umziehen dürfen Sie nur innerhalb des Landkreises. Bei Bezug von Leistungen nach dem AsylbLG hat die Wohnsitznahme im Landkreis Marburg-Biedenkopf - ohne Stadtgebiet Marburg - zu erfolgen.	Eine mögliche Auflage lautet: Wohnsitz nur im Landkreis Marburg-Biedenkopf ohne Stadtgebiet Marburg. Das bedeutet: Sie dürfen nur im Landkreis Marburg-Biedenkopf wohnen. Sie dürfen nicht in der Stadt Marburg wohnen. Umziehen dürfen Sie nur innerhalb dieses Landkreises. Eine andere Regel betrifft Leistungen nach dem AsylbLG. AsylbLG ist die Abkürzung für Asylbewerber-Leistungs-Gesetz. Wenn Sie Geld oder andere Leistungen nach diesem Gesetz bekommen, müssen Sie im Landkreis Marburg-Biedenkopf ohne Stadt Marburg wohnen.

Sprachbarrieren abbauen:
Das neue Online-Antragssystem wurde direkt in **acht Sprachen** (Deutsch, Englisch, Arabisch, Spanisch, Französisch, Russisch, Serbisch und Türkisch) aufgesetzt, um Anträge ohne Übersetzungsfehler ausfüllen zu können.

Beispiel für leichte Sprache aus Marburg-Biedenkopf

Frage: Welche Projekte im Kreis Marburg-Biedenkopf wollen Sie hervorheben?

Cornelia Weinreich: Zum einen war es eine spannende Aufgabe, die Website der Ausländerbehörde und alles drumherum einmal genau unter die Lupe zu nehmen und neu aufzustellen. Das war zum einen eine kreative Aufgabe, zum anderen haben wir dabei sehr eng mit der Ausländerbehörde zusammengearbeitet – und sind dort auf große Offenheit für Neuerungen gestoßen. Gleichzeitig hat sich in dieser Zeit in der Ausländerbehörde insgesamt einiges verändert: Es gab organisatorische Anpassungen, die wir gar nicht selbst angestoßen hatten, die aber zufällig in denselben Zeitraum fielen. Die konnten wir dann nutzen, um zum Beispiel unsere Zusammenarbeit auch nach außen anders zu kommunizieren. Das andere große Thema war für mich die Ausarbeitung einer neuen, gemeinsamen Zusammenarbeitsstruktur zwischen den drei Fachdiensten, die im Projekt beteiligt waren.

Frage: Welche sind das?

Cornelia Weinreich: Das sind Ausländerbehörde, Büro für Integration und Sozialdienst Zuwanderung und Asylangelegenheiten.

Frage: Ging es da um dieses berühmte „Man redet nicht miteinander“ fachbereichsübergreifend?

Cornelia Weinreich: Zwischen dem Büro für Integration und dem Asylbereich gab es bereits vorher eine Zusammenarbeit – wir sind auch im gleichen Fachbereich, das hilft zusätzlich. Mit der Ausländerbehörde gab es aber kaum Berührungspunkte. Zwischen Sozialarbeit und Ausländerbehörde bestand zwar schon ein Austausch, allerdings eher fallbezogen und nicht auf der Meta-Ebene, also ohne dass gemeinsam Prozesse betrachtet wurden. Es gab zwar Austauschtreffen, die aber für alle Seiten eher unbefriedigend blieben. Wir haben deshalb gleich zu Beginn von GENIUS ein regelmäßiges Treffen der drei Fachdienstleitungen etabliert, dass wir seitdem konsequent beibehalten haben. Das war enorm hilfreich: Ideen aus der Sachbearbeitung oder eigene Ideen konnten wir dort direkt besprechen und festmachen – etwa, ein großes Austauschtreffen zu organisieren, um zu klären, wo wir Zusammenarbeit wirklich brauchen und wo nicht. Oder dass die Sozialarbeit Zugang zur Plattform der Ausländerbehörde bekommt, um Sachstände selbst nachschauen zu können. Das wäre ohne dieses Fachdienstleitungstreffen vermutlich nicht möglich gewesen, weil wir dort in einem sehr vertrauten Rahmen direkt Dinge absprechen konnten.

Frage: Das klingt wie eine enorme Optimierung, die aber gar keine Ressourcen bindet, richtig?

Cornelia Weinreich: Ressourcen benötigen wir trotzdem. Wir haben uns in den letzten Wochen, Monaten bemüht, da eine halbwegs offizielle Kooperationsvereinbarung draus zu machen, damit es nachhaltig ist und sich verstetigt. Aber was es jetzt natürlich nicht mehr geben wird, sind die Stellenanteile, die sich darum gekümmert haben, dass die Treffen stattfinden, die die Einladung geschickt haben, die die Räume organisiert haben und so weiter. Das sind sehr praktische Dinge, die wir mit unserem Stellanteil von GENIUS übernahmen, die jetzt

aber entweder die Fachdienstleitung selber machen müssen oder doch jemanden aus ihrem Team beauftragen.

Frage: Habt ihr da schon eine Idee, wie das möglich wird?

Cornelia Weinreich: Ja, wir haben Ideen. Es gibt auch aus den anderen Teams Personen, die da prinzipiell Interesse dran haben. Dann ist immer die Frage, ob das in den Arbeitsalltag passt. Aber wir hoffen, dass es weitergeht.

Frage: Schauen wir uns Gießen an, die dritte Modellkommune. Was war hier ergiebig?

Elena Preußler: Tatsächlich der Entstehungsprozess des Gießen-Guide, unserer Informationsplattform – und ich betone bewusst: der Entstehungsprozess

©HMSI



Frage: Das ist eine neue Plattform, die in den letzten drei Jahren entstanden ist?

Elena Preußler: Sie ist in den letzten drei Jahren entstanden und wurde am 10. August gelauncht. Der Prozess dahinter hat aber weit mehr hervorgebracht als nur den Gießen-Guide selbst. Wir haben versucht, den Guide gemeinsam mit unserer Zielgruppe zu entwickeln – also mit Drittstaatsangehörigen mit Bleibeperspektive –, aber auch mit Menschen aus der Zivilgesellschaft, aus Migrationsberatungsstellen, der Verwaltung, anderen NGOs und Ehrenamtsstrukturen hier in Gießen. Die Idee war, in Arbeitsgruppen immer wieder zusammenzukommen, zunächst die Bedarfe zu sammeln und darauf aufbauend die Informationen zusammenzutragen.

Frage: Der verordnete Perspektivwechsel also?

Elena Preußler: Ja! Durch diese große Beteiligung haben wir ein Netzwerk geschaffen, das es uns ermöglicht, den Gießen-Guide in der Zukunft aktuell zu halten.

Frage: Und wie funktioniert das ganz konkret?

Elena Preußler: Wir setzen natürlich auch personelle Ressourcen ein, als zentrale Stelle, die alles sammelt. Mit einer Art Patenschaftssystem wollen wir die verschiedenen Inhalte aktuell halten. Dabei schicken uns Personen und Mitarbeitende mit der entsprechenden Expertise, neue Informationen zu, wenn sich etwas ändert. Gleichzeitig ist in der Planung, dass wir auch mit anderen Informationswebseiten, wie zum Beispiel Handbook Germany oder Integreat, ein Netzwerk der gegenseitigen Information aufbauen möchten. Es geht darum, darauf

aufmerksam zu machen, wenn sich in bestimmten Bereichen etwas geändert hat. Das ist unser Plan der Verstetigung vom Gießen-Guide.

Frage: Ich habe heute an einer Pinnwand die These gelesen: Beziehungsverbesserung gleich Strukturverbesserung. Trifft das auf das Projekt zu?

Elena Preußler: Der Gießen Guide ist ein sehr gutes Beispiel dafür: Wir haben ihn in einem großen Netzwerk entwickelt und pflegen ihn zukünftig durch verschiedene gewachsene Beziehungen.

Frage: Findet sich diese These sonst noch wieder?

Cornelia Weinreich: Bei uns ging es auch vor allem um die Beziehungen, die sich veränderten in der Zusammenarbeit und gemeinsamen Maßnahmenentwicklung. Sowohl zwischen den Fachdienstleitungen als auch zwischen den Sachbearbeitungen. Man kennt sich jetzt und kann einfach mal anrufen und fragen: „Wollen wir das nicht anders machen?“ Allein diese besseren Beziehungen sorgen schon dafür, dass bestehende Strukturen besser funktionieren – und sie werden auch in Zukunft dabei helfen, Strukturen weiter zu verbessern.

Jasmin Best: Im Schwalm-Eder-Kreis zeigt sich das besonders gut bei den „Fachtagen“. Dort kommen Mitarbeitende, die im Integrationsbereich täglich am Schreibtisch oder in der Beratung arbeiten, unter Begleitung der Führungskräfte behördenübergreifend zusammen und erarbeiten gemeinsam Themen – mit Ergebnissen, die danach ganz selbstständig weitergeführt werden. Allein die behördenübergreifenden Kontakte, die dabei entstehen, sind wertvoll: Mitarbeitende lernen plötzlich Menschen kennen, von denen sie vorher noch nie gehört hatten oder die sie bislang nur vom Telefon kannten. Auch die Einblicke in die Prozessabläufe anderer Behörden schaffen viel Verständnis und ein besseres Miteinander. Das verbessert am Ende auch die Kommunikation untereinander. Und das wirkt sich direkt auf die Beratung aus, von der unsere Zielgruppe konkret profitiert, weil sich Abläufe dadurch besser erklären lassen.

Frage: Sind diese „Fachtage“ ein neues Format?

Jasmin Best: Das Format ist durch das Projekt GENIUS entstanden und ein totales Novum im Schwalm-Eder-Kreis. Entstanden ist die Idee nach unserer Bestandsaufnahme. Unsere Steuerungsgruppe, in der die Entscheidungsträger aus Wirtschaftsförderung, Jobcenter, Sozialverwaltung, Agentur für Arbeit, Ausländerbehörde, Volkshochschule und WIR-Vielfaltszentrum sitzen – hat sich überlegt: Wie bekommen wir mit einer einzigen Maßnahme all die großen Themen unter einen Hut – Behördenkommunikation, intern wie extern, Transparenz und Verständnis? Ursprünglich hießen sie Integrationskonferenzen, wir haben sie dann in Fachtage umbenannt und konzeptionell etwas anders aufgestellt. Drei davon haben wir inzwischen durchgeführt, der vierte findet demnächst statt.

Frage: Das klingt, als würde der Schwalm-Eder-Kreis ein „sehr großes Rad drehen“ und es klingt auch danach, dass etwas zur Chefsache geworden ist.

Jasmin Best: Definitiv Chefsache: Unser Erster Kreisbeigeordneter Jürgen Kaufmann war bei der Auftaktveranstaltung persönlich dabei und hat das Format

sofort für gut befunden. Dieser Rückhalt von Anfang an hat entscheidend dazu beigetragen, dass wir das Format weiterführen.

Frage: Was können andere Kommunen und Landkreise sich konkret bei euch anschauen, und wie könnten sie davon profitieren?

Elena Preußler: Viele der konkreten Maßnahmen, die wir umgesetzt haben, wären relativ einfach zu übernehmen. Unseren Prompt für verständliches Deutsch für den KI-Assistenten stellen wir zum Beispiel frei zur Verfügung, ebenso alle Webseiteninhalte des Gießen Guides mit landes- oder bundesweiter Relevanz – da darf sich jede und jeder gerne bedienen. Schwieriger wird es bei den strukturellen Themen: Die Bestandsaufnahme zu den lokalen Hürden für Zugewanderte in die Verwaltungen müsste jede Kommune für sich selbst durchführen, das lässt sich – zumindest nicht alles - einfach übertragen. Ein Beispiel für einen strukturellen Ansatz, der über Gießen hinausgeht ist unsere Kooperation mit der HöMS, der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit, hier in Hessen. Dort haben wir erreicht, dass wir langfristig miteinander kooperieren mit dem Ziel, dass Studierende praktische Einblicke in das Feld der kommunalen Integrationsarbeit erhalten – diese Studierenden arbeiten später einmal in einer Verwaltung in Hessen. Es liegt eine große Chance darin, die Verwaltungsausbildung und die Themen Integration, Vielfalt, Bürgerorientierung etc. zusammenzudenken.

Jasmin Best: Wenn ich auf den Schwalm-Eder-Kreis blicke, waren die Maßnahmen dort auch sehr unterschiedlich und differenziert angelegt – und genau das braucht es jetzt auch. Mit Blick auf die Fachtage braucht es definitiv Ressourcen: Eine behördenübergreifende Fachtagung zu koordinieren und zu organisieren ist bereits ein erheblicher Aufwand. Um dabei aber wirklich produktive Ergebnisse zu ermöglichen, muss das Format konzeptionell sehr gut aufbereitet sein – das erfordert viel Vorlauf und Abstimmung. Die Themen gehen uns dabei natürlich nie aus – aber all das braucht eben sehr viel konzeptionelle Vorarbeit und die Einbindung der Kooperationspartner, die wir dabeihatten.

Cornelia Weinreich: Ich glaube, dass die verallgemeinerbaren Erkenntnisse, die wir bei GENIUS gewonnen haben, im Grunde schon länger bekannt waren. Wenn ich an meine Zeit als WIR-Koordinatorin zurückdenke: Genau solche Fragen – wie wir zu besseren Verhältnissen mit anderen Behörden kommen und wie wir kleine Veränderungen anstoßen, um Prozesse für Mitarbeitenden und die Zielgruppe zu vereinfachen – wurden auch damals schon in den Vernetzungstreffen diskutiert. Auch wenn es unromantisch klingt: Ein entscheidender Faktor war, dass die Uni Geld mitgebracht hat und wir dadurch Mittel hatten, um Dinge umzusetzen. Die Frage 'Wer bezahlt das denn?' stand eben nicht gleich am Anfang im Raum und hat uns nicht gegeneinander ausgespielt.

Vielen Dank für Ihre Zeit!